

Oliver Rathkolb, Zeithistorische Anmerkungen

Nach wie vor beschäftigt die Wissenschaft das Phänomen, dass trotz der Zerstörungen im II. Weltkrieg in der österreichischen Volkswirtschaft bereits zwischen 1946 und 1950 eine Verdopplung des realen Bruttoinlandsprodukts erzielt werden konnte und sie 1951 schon um ein Drittel über dem Vorkriegsniveau lag. Zu diesem Zeitpunkt wurde sogar schon die Tschechoslowakei, deren gesamte Wirtschaftsleistung und insbesondere deren Industrieproduktion 1938 klar vor jener Österreichs lag, langsam überholt. Noch 1945/1946 hingegen waren die Lebensbedingungen in Prag um vieles besser gewesen als in Wien.

Im öffentlichen Bewusstsein wird diese unbestrittene Aufbauleistung, die eine wichtige Rolle in den Identitätskonstruktionen der Österreicherinnen und Österreicher spielt, meist internen Faktoren zugeschrieben, vor allem dem fleißigen österreichischen Arbeiter. Diese männlich dominierten Erinnerungen marginalisierten aber die wesentliche Rolle der Frauen beim Wiederaufbau oder reduzieren sie auf »Trümmerfrauen«, die den Kriegsschutt wegräumten. Tatsächlich hätten weder die NS-Kriegswirtschaft noch die Wiederaufbauwirtschaft ohne die Arbeitsleistung und Überlebensorganisationsleistungen von Frauen funktioniert.

Eine nüchterne Analyse der wesentlichen ökonomischen Infrastrukturzahlen geht aber in eine andere Richtung. Das nationalsozialistische Terrorregime hat unter Ausbeutung ganz Europas und der Beraubung von Juden und Jüdinnen gezielt im Kerngebiet des "Deutschen Reiches" - so auch in Österreich 1938-1944 - einen riesigen Rüstungs- und Industriesektor auch unter Ausbeutung von Millionen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern- und Slavenarbeitern aufgezogen. In Österreich war der Effekt sogar noch grösser, da eine völlig neue Grundstoffindustrie geschaffen wurde und auch der umfassend Ausbau der Elektrizitätswirtschaft (Stichwort: Wasserkraftwerke bis zur hochalpinen Lage in Kaprun) sowie der chemischen Industrie begonnen wurde.

Dieses Erbe der nationalsozialistischen Rüstungsindustrie war als »Deutsches Eigentum« von den Alliierten nach 1945 beansprucht, wurde aber im Zuge des beginnenden Kalten Krieges 1946 und 1946 verstaatlicht. Dazu gehörten die größten Banken wie z.B., die Creditanstalt-Bankverein und ebenso wie aus der Stahlindustrie z.B. Schoeller-Bleckmann

und Böhler oder die ehemaligen Reichswerke Hermann Göring in Linz, die VOEST, oder in der Chemie- und Erdölindustrie die Shell-Floridsdorfer, aber auch Unternehmen aus dem Bereich des Maschinenbaus wie Rumpel, AEG-Union und Elin und zahlreiche Wasserkraftwerke. Während es nach 1918/1919 keine Einigung zwischen den Vorgängerparteien von ÖVP und SPÖ über die „Sozialisierung“ von Unternehmen gegeben hat, funktionierte dies nach 1945. Mit dem Selbstverständnis der Regierung Leopold Figls als „Opfer“ des NS-Regimes sollte das im Potsdamer Abkommen akkordierte „Beuterecht“ der Alliierten am „Deutschen Eigentum“ unterlaufen werden. Als die Sowjetunion in ihrer Zone in Niederösterreich, dem Burgenland und Teilen Wiens die Beschlagnahme „ihrer“ ehemals deutschen Betriebe verfügte und den USIA-Konzern errichtete, stand der „Verstaatlichung“ nichts im Wege. Die „Westalliierten“ (die USA, Großbritannien und Frankreich) übergaben aber ihre „deutschen“ Unternehmen vorerst nur zur treuhänderischen Verwaltung an die Republik Österreich.

Diese Ost-West-Differenz blieb auch nach 1955 bestehen, der »Goldene Westen« hatte einen höheren Lebensstandard zu bieten, wenngleich mit regionalen und berufsbedingten Unterschieden. Ein spannendes, völlig in Vergessenheit geratenes Kapitel österreichischer Nachkriegsökonomie ist die Integration der ehemals sowjetisch verwalteten Betriebe (USIA-Betriebe) in Niederösterreich, dem Burgenland und Wien nach dem Abschluss des Staatsvertrages 1955, der die endgültig Verstaatlichung des gesamten Deutschen Eigentums ermöglichte. Zum USIA-Konzern gehörten rund 400 Industriebetriebe und landwirtschaftlichen Unternehmen – unter ihnen die Erste Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft (DDSG) und die Mineralölverwaltung; letztere wurde übrigens ebenfalls erst in der NS-Zeit massiv ausgebaut. Die Übernahme dieser USIA-Betriebe, zu denen auch die sowjetische Mineralölverwaltung (die heutige ÖMV), die Wien-Film-Studios am Rosenhügel, aber auch die DDSG sowie Industriebetriebe aus den Bereichen Glas, Leder, Eisen und Stahl, Metallhütten, Maschinen- und Fahrzeugbau gehörten, könnte teilweise mit der Integration der ehemaligen DDR in die Bundesrepublik Deutschland verglichen werden. Vor allem in Wien und Niederösterreich repräsentierten diese Unternehmen 30 Prozent des Industriekapitals, in manchen Sparten auch gesamtösterreichisch einen wichtigen Faktor (zum Beispiel 40 Prozent der Eisen- und Stahlindustrie oder 32 Prozent der

Metallhüttenindustrie). Politisch galten diese Betriebe als Hochburgen der KPÖ. Vor allem die SPÖ versuchte daher eine möglichst sanfte Integration durchzusetzen, um politische Auseinandersetzungen in Niederösterreich, dem Burgenland und Teilen Wiens zu vermeiden. Entsprechend hoch war auch der Investitionsanteil dieser Betriebe nach 1955, da die sowjetischen Eigentümer kaum in diese Unternehmen investiert hatten.

Weitere Rahmenbedingungen für das österreichische Wirtschaftswunder nach 1945 waren natürlich das lange internationale Wachstum bis 1973, aber auch das zusätzliche Humankapital durch Ausbildung und Management vor 1945 - teilweise geprägt durch die NS-Kriegswirtschaftliche Planung. Wichtige Initialzündungen kamen aus der Alliierten Hilfe und dem Marshall-Plan, dem European Recovery Program (ERP), also Nahrungsmittelhilfe vor und nach der ERP-Hilfe und ab 1947 Finanzinvestitionen und Produktivitätssteigerung, die die "Lebensfähigkeitsdebatte" der 1. Republik beendeten. Die US-Hilfe zur Selbsthilfe bot auch psychologische Unterstützung bei der Konstruktion einer kleinstaatlichen Identität ohne die Rückkehr von „Anschluß-an-Deutschland-Ideologien“. Österreich erhielt nach Norwegen, Irland und den Niederlanden mit rund 160 USD je Einwohner die viert höchste Pro-Kopf-Quote an ERP-Mitteln und auch musste auch nur einen Teil der Lieferungen zurückzahlen, da es ein strategisch wichtiges Land zwischen den geopolitischen Blocksystemen im Kalten Krieg war. Andere Faktoren sind summarisch aufgezählt: Die restriktive Geldwertstabilitätspolitik 1945–1951; eine radikale Lohn- und Preispolitik zu Lasten der Lohnempfänger/innen; die Sozialpartnerschaft; der erste Austro-Keynesianismus mit dem Raab-Kamitz-Kurs; der zweite Austro-Keynesianismus in der Ära Kreisky, zusammen mit einem starken, ganz Österreich umfassenden und nachhaltig wirkenden Infrastrukturschub.

In dem vorliegenden, spannend zu lesenden Sammelband wird vor allem die Wirtschaftsentwicklung mit Fokus auf der Industrie seit den 1970er Jahren und insbesondere die Adaption durch Restrukturierung und EU-Beitritt in den Jahren 1986–1995 anhand von Interviews und Stellungnahmen von Wirtschaftsspitzenmanagern rekonstruiert. Gerade diese umfassende Transformationsphase in der auch globalen Krise nach der 1. und 2. Erdölpreiserhöhung 1973 bzw. 1978 führte zu dem zweiten radikalen Umbruch nach der Verstaatlichungsphase ab 1946, dem Ende bzw. der Restrukturierung

und Privatisierung der Verstaatlichen Unternehmen. 1980 waren noch 630.000 Menschen indirekt oder direkt für die Verstaatlichte Industrie tätig oder von ihr abhängig, das sind 22 Prozent aller Beschäftigten in Österreich, die 30 Prozent des Bruttonationalprodukts erwirtschafteten; über 110.000 gehörten direkt zu Unternehmen der ÖIAG-Gruppe. Der Industriebereich, der über die verstaatlichten Großbanken Creditanstalt-Bankverein und Länderbank kontrolliert wurde, umfasste weitere 60.000 Arbeitnehmer. 6846 mittlere und kleinere Industrieunternehmen waren ebenso wie 3000 Gewerbebetriebe, die ebenfalls zur Industrieproduktion beitrugen (mit 145.000 Beschäftigten), maßgeblich am wirtschaftlichen Aufstieg beteiligt. In Zeiten der Krise war aber die Verstaatlichte ebenso anfällig für Ausgleiche und Konkurse wie zahlreiche Privatunternehmen.

In den privaten, aber auch staatlichen Firmenpleiten zeigte es sich, dass die zunehmende internationale Krise, aber auch die verstärkte Konkurrenz in vielen Fällen vom Wiederaufbaumanagement, das in einer wachstumsorientierten, geschützten Inselwirtschaft großgeworden war, vor dem Hintergrund der internationalen Krise nicht verkraftet wurde. Erst eine jüngere und international versiertere Managergeneration konnte diese Strukturänderungen Ende der 1990er Jahre wieder in den Griff bekommen und sich besser auf internationalen Märkten bewegen – ohne dass dies weitere Mega-Pleiten ausschließen sollte.

Im Zuge der Restrukturierungsmaßnahmen der Wirtschaft Mitte der achtziger Jahre galt es auch, auf den wichtigsten Handelspartner, die Europäische Gemeinschaft, zu reagieren.

Im politischen Bereich hatte die ÖVP hier bereits Ende 1985 deutliche Signale in Richtung eines EU-Beitritts gesetzt. Seit 1986 wurde in einer neuerlichen Großen Koalition unter der Federführung Franz Vranitzkys (SPÖ) – das Außenministerium führte ÖVP-Parteichef und Vizekanzler Alois Mock – eine Neuorientierung der österreichischen Europapolitik begonnen. Obwohl es vor allem innerhalb der SPÖ Widerstand gegen eine zu starke Integration gab, erzielte man 1989 Einigung über den Beitrittsantrag mit Neutralitätsvorbehalt.

Wirklich radikal verändert hat aber das Ende des Kalten Krieges 1989/1991 die ökonomische Landschaft Österreichs, verstärkt durch die Transformation als Folge der Globalisierungstrends ab Mitte der 1980er Jahre und der Digitalen Revolution.

Trotz der eher EU-erweiterungsfeindlichen innenpolitischen Debatte der 1990er Jahre und seit 2000 hat die österreichische Wirtschaft bereits vor der eigentlichen Erweiterung auf die EU-25 profitiert. So errechnete das Wirtschaftsforschungsinstitut, dass als Folge der neuen Exportmärkte rund 60.000 Arbeitsplätze entstanden sind.

Doch es zeigte sich - ähnlich wie in der als Gründerzeit bezeichneten 1- Globalisierung ab 1850/1870 - dass auch die 2. Globalisierung zwar Neoliberale Paradigma stärkte, die auch in der Europäischen Union in Form der Maastricht-Kriterien, Sparbudgets und freier Märkte ohne Regulierungen nachhaltig wirkte, aber letztlich in einer veritablen globalen Finanzkrise stecken blieb. Zwar schien der Aktiencrash aus 2000 ab 2003 von boomenden Aktienmärkten abgelöst zu werden, aber die aus den USA kommende Immobilienblase sollte dann ab 2007/2008 auch in Europa die Staatsschulden steigern.

Besonders deutlich wurde die neue Weltwirtschaftskrise in der Euro-Krise 2009 und den großangelegten Anstrengungen um Griechenland vor dem Staatsbankrott und Euro-Austritt zu retten. Spannend ist an dieser Entwicklung, dass es ab den 1980er Jahren wieder ein stärkeres privates Unternehmertum gibt, das gerade auch in den Märkten Ost- und Südosteuropas erfolgreich ist. Abgesehen von den aktuellen Herausforderungen der Krisenbewältigung, stellt sich aber doch die auch global anwendbare Frage, ob es wie nach 1945 gelingt, die "soziale Frage" und die faire Verteilung der "Einkommen" in der Gesellschaft zu lösen. Ähnlich wie um 1900 und den Dekaden davor gilt es, die negativen gesellschaftlichen Auswirkungen einer turbokapitalistischen Entwicklung zu verhindern, die auch von umfassenden Migrationsschüben begleitet wird, die ihrerseits zu heftigen politischen und kulturellen Spannungen und Konfrontationen führen, wie bereits um 1900 als Folge von Binnenmigration innerhalb der Österreichisch-Ungarischen Monarchie. Verglichen mit der industriellen Revolution hat die digitale Revolution einen vergleichbaren Prozess ausgelöst und eigentlich die Ära des Post-Kapitalismus längst geprägt. Im 20. Jahrhundert endete diese gesellschaftspolitische Divergenz in Europa und Österreich nach zwei blutigen Weltkriegen und dem nationalsozialistischen Holocaust sowie stalinistischem Terror und einer sozial total geladenen Zwischenkriegszeit erst nach 1945.

---

i Oskar Grünwald: Austrian Industrial Structure and Industrial Policy. In: Sven W. Arndt (Hg.): The Political Economy of Austria. A Conference Sponsored Jointly by the American Enterprise

---

Institute for Public Policy Research and the Austrian Institute (New York), Washington 1982, S. 130ff.